

Stellungnahme des Deutschen Pflegerates e.V. (DPR) zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt solide vorbereiten BT-Drucksache 20/687

Stand 15.02.2022

Der Deutsche Pflegerat (DPR) vertritt als Dachverband der bedeutendsten Berufsverbände des deutschen Pflege- und Hebammenwesens die Positionen der Pflegeorganisationen und ist primärer Ansprechpartner für die Politik. Im Nachfolgenden nimmt der DPR Stellung zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU "Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt solide vorbereiten".

Seit Beginn der Pandemie wurde mit der Entwicklung eines Impfstoffs die Hoffnung verbunden, dass er zur Überwindung der Pandemie führen würde. Nachdem verschiedene Impfstoffe zur Verfügung standen, wurden sie von der Bevölkerung jedoch nicht überall in dem Maße in Anspruch genommen, wie es für einen Rückgang und dauerhaft niedrige Infektionszahlen erforderlich gewesen wäre. Diese "Impflücke" löste insbesondere bei der Versorgung vulnerabler Gruppen wie älterer, kranker und pflegebedürftiger Menschen Besorgnis aus. Forderungen nach einer Impfpflicht für Pflegende wurden laut.

Der DPR hat sich gegen eine Impfpflicht Pflegender ausgesprochen. Es gab keinen datenbasierten validen Hinweis dafür, dass Pflegende "Pandemietreiber" seien. Zudem werden ältere, kranke und pflegebedürftige Menschen von Angehörigen unterschiedlicher Berufsgruppen versorgt, sodass nicht nur ungeimpfte Pflegende als mögliche Infektionsquelle angesehen werden können. Der DPR hat dabei immer die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Entwicklung der Pandemie betont und vor diesem Hintergrund der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zugestimmt, die im Dezember 2021 beschlossen wurde.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der nach wie vor zu niedrigen Impfquote unterstützte der DPR den Gesetzesentwurf "Entwurf eines Gesetzes zur Aufklärung, Beratung und Impfung aller Volljährigen gegen SARS-CoV-2 (SARSCoVImpfG)", der im vergangenen Monat beraten wurde und der die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für Personen ab 18 Jahren zum Schutz der öffentlichen Gesundheit und vulnerabler Gruppen zum Ziel hatte. Dabei ging es auch darum, Pflegende vor Infektionen zu schützen, die während der gesamten Dauer der Pandemie einen enormen Einsatz über ihre Belastungsgrenzen hinaus geleistet und dabei auch ihre Gesundheit riskiert haben.

Der nun vorliegende Antrag der CDU/CSU "Einrichtungsbezogene Impfpflicht jetzt solide vorbereiten" greift zahlreiche Schwierigkeiten bei der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht auf. Diese Schwierigkeiten und ungelösten Frage liegen im Spannungsfeld des Schutzes vulnerabler Gruppen vor Infektionen, einem zusätzlichen Pflegepersonalmangel durch Pflegende, die sich nicht impfen lassen wollen, zersplitterter, komplexer Regelungsverfahren und Zuständigkeiten sowie unzureichend aufgestellter Gesundheitsämter.

Der DPR begrüßt den Antrag insofern, als eine fundiertere Ausarbeitung des Verfahrens zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht ihre Umsetzung erleichtert und viele Spannungen in den Einrichtungen vermieden hätte.

Allerdings bleibt in dem Antrag die Frage offen, wie mit dem Infektionsrisiko mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und möglicher Virusvarianten zukünftig, d.h. mit Blick auf die kalte Jahreszeit zum Ende des Jahres umgegangen werden soll. Aus Sicht des DPR wäre es wichtig, den bevorstehenden Sommer zur Entwicklung möglicher Szenarien für Herbst und Winter zu nutzen, um auf die kommenden Ereignisse vorbereitet zu sein.

Berlin, 25.04.2022

Deutscher Pflegerat e.V. – DPR Alt- Moabit 91 10559 Berlin

Tel.: + 49 30 / 398 77 303 Fax: + 49 30 / 398 77 304

E-Mail: info@deutscher-pflegerat.de

www.deutscher-pflegerat.de